

## Imkernetzwerk Bayern

### Aktennotiz zum Gespräch im Ministerium am 08.09.2016

#### Teilnehmer:

<u>Ministerium:</u> Frau Dr. Eberhard Johann Fischer, LWG Fachzentrum Bienen Ludwig Mayer, Abteilung L, Klima und Umwelt Ludwig Wanner, Abteilung Umwelt Elfried Spries Klaus Schiffer-Weigand, ökologischer Landbau	<u>Imkernetzwerk (IN):</u>  Annette Seehaus-Arnold  Matthias Rühl  Martin Stockmeier
--	--

Anlass der Besprechung war das katastrophale Bienenjahr 2016 und die aus Sicht des IN unzureichende und ineffektive Politik der Imkerverbände. Auf Veranlassung von Frau Seehaus Arnold haben sich daher mit Schreiben vom 29.06.2016 die beiden Kreisverbände Rhön – Grabfeld und Neustadt/Aisch - Bad Windsheim an Minister Brunner gewandt. Auf Ebene der Fachstellen konnte kurzfristig das hier wiedergegebene Gespräch stattfinden, wofür wir uns ausdrücklich sehr herzlich bedanken.

Vom IN wurde anhand einer Powerpointpräsentation (siehe separates Dokument) ein breites Spektrum der Bienenproblematik erläutert. Hierzu fand zu den meisten Themen eine Diskussion statt, die später beim gemeinsamen Mittagessen punktuell vertieft werden konnte.

Das Ergebnis der Besprechung hat Frau Dr. Eberhardt am 13.09.2016 in einer mail zusammengefasst. Auf diese mail bezieht sich der nachfolgend farbig hervorgehobene Text.

Frau Dr. Eberhardt:

„Eine kurze Zusammenfassung des Gespräches aus unserer Sicht:

Sie trugen folgende Punkte vor, bei denen Sie sich mehr Einsatz der Landwirtschaft und unserer Verwaltung wünschen.

- Pflanzenschutzmaßnahmen erfolgen zu unsensibel und ohne Rücksicht auf Bienen und andere Insekten. Kombinationswirkungen sind nicht erforscht.
- Unkenntnis vieler Landwirte zum Schutz der Bienen.
- Ausgeräumte Feldflur lässt die Bienen verhungern.
- Die Greening-Maßnahmen mit Tracht noch im späten Herbst ist für die Bienen eher schädlich, weil die Völker nicht aus der Brut gehen.
- Die Sensibilisierung der Flächenbewirtschafter für den Schutz von Bienen muss schon in der Ausbildung erfolgen.
- Die Förderung der Imker ist ineffektiv und aufwändig. Es sollte eine Pauschale pro Volk gezahlt werden.

Daneben wurden die z.T. gegensätzlichen Einstufungen der Imker nach Steuerrecht und bei den Berufsgenossenschaften beklagt.

Sie fordern verpflichtende Auflagen zum Einsatz der neuesten Technik (dropleg) und bei der Bewirtschaftung (nur streifenweise Mähen, 20% der Maisfläche mit Blühmischung einsäen u.a.).

Wir haben die Zwänge, denen die Landwirtschaft unterliegt und die zum Teil durch das "Schnäppchendenken" der Verbraucher - und da sind auch Imker dabei - befördert werden, dargestellt. Die politischen Leistungen für mehr Vielfalt und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft wie KULAP, Ökolandbau (kein Land fördert hier mehr!), Eiweißinitiative... wurden gestreift.

Zudem wurde das Prinzip der Staatsregierung "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" noch einmal betont und die Notwendigkeit, vor Ort zu gemeinsamen Lösungen zu kommen.

Die Förderung der Imker wurde nur am Rande besprochen. Der von der EU und vom Haushaltsrecht vorgegebene Rahmen ist eng und lässt vieles, was wünschenswert wäre, nicht zu.

Wir unterstützen gemeinsame Lösungen vor Ort und werden in den betreffenden Landkreisen Runde Tische anregen, sowohl von Seiten der Ämter für Landwirtschaft als auch von Seiten der Landratsämter. Dabei sollten auch regional übergreifende Konzepte zur Vernetzung von naturnahen Lebensräumen und Blühflächen angeregt werden.

In der Ausbildung sind in den Lehrplänen bereits die Themen Biodiversität und Naturschutz berücksichtigt. Im Fach Pflanzenbau soll der Schutz der Bienen Berücksichtigung finden.“

Frau Eberhardt würde sich freuen, wenn wir konstruktiv-kontrovers im Dialog bleiben.

Der Wortlaut der mail ist oben (farbige Textpassage) unverändert zitiert.

In der folgenden Tabelle ist stichwortartig eine ergebnisorientierte Auflistung zu einigen dem Imkernetzwerk wichtigen Punkten erfolgt.

Verbandspolitik	Die Gründung eines neuen Verbandes wird vom IN überlegt.
Prinzip der Freiwilligkeit in der Landwirtschaftspolitik	Ministerium hält am Freiwilligkeitsprinzip fest. IN: Freiwilligkeit darf nicht dazu führen, dass andere geschädigt werden.
Pflanzenschutzmaßnahmen Neonicotinoide, Glyphosat: IN fordert mehr Kontrollen. Gefährlichkeit wird dargestellt (u.a. Prof. Menzel zitiert). Grundsätzlich zu viele Pestizide ausgebracht, massive negativen Folgen auf gesamte Insektenwelt.	IN: Neueste Technik (z.B. dropleg, best practice) muss sofort umgesetzt werden. Ministerium: Menzel wird nicht anerkannt. Das Ministerium erkennt keine Schädigungen der Umwelt durch Pestizide und lehnte viele Vorschläge zu deren Reduzierung ab. Kein Ergebnis erzielt.

<p>Unkenntnis bei Landwirten zum Schutz der Bienen In Lehrplänen Biodiversität und Naturschutz berücksichtigt. Im Pflanzenbau soll Schutz der Bienen Berücksichtigung finden</p>	<p>IN: Ausbildung verbessern, Lehrpläne ergänzen. Ministerium nimmt die Anregungen auf und will „gemeinsame Lösungen vor Ort“ und „regt Runde Tische“ an.</p>
<p>Ausgeräumte, eintönige Feldflur</p>	<p>IN: Mehr Vielfalt in die Fläche bringen. Zu große Flächen gleichzeitig bearbeitet. Ministerium: Wir haben ein Technisierungsproblem, Umsteuerung in der LW-Politik hat bereits begonnen.</p>
<p>Greening</p>	<p>Ministerium: Greening <b><u>war und ist nicht für Bienen ausgelegt</u></b> IN: Seitens der Imkerverbände wurde das anders dargestellt. Hier liegt großes Potential. Unklar: Wer wird tätig?</p>
<p>Späte Blühflächen durch Greening Aufhebung frühesten Aussaattermin 15.07. gefordert</p>	<p>IN: Maßnahmen mit Tracht noch im späten Herbst ist für Bienen schädlich, weil die Völker nicht aus der Brut gehen Ministerium: Eine Studie liegt vor, die das nicht belegt. Beiderseits wird ein Potential für eine ganzjährige Verbesserung des Blütenangebots durch Greening gesehen. Eine Aufhebung des Aussaattermins 15.07. erscheine aus Sicht des Ministeriums schwierig. Für das IN ist das nicht zufriedenstellend</p>
<p>Förderung der Imker, vorgegebener enger Rahmen</p>	<p>IN: Pauschale pro Volk zahlen Ministerium: Einfache Lösung nicht möglich.</p>
<p>Einstufungen der Imker nach Steuerrecht und bei den Berufsgenossenschaften</p>	<p>IN: Vereinheitlichen, Beispiel Österreich. Kein greifbares Ergebnis.</p>
<p>Verpflichtende Auflagen (z.B. Einsatz neuester Technik, 20% der Maisfläche mit Blühmischung einsäen)</p>	<p>IN fordert Auflagen Ministerium betont Freiwilligkeit. Kein Ergebnis.</p>
<p>Zwänge der Landwirtschaft, auch "Schnäppchendenken" der Verbraucher - auch Imker</p>	<p>IN: Falsche Agrarpolitik durch billige Massenproduktion im Hochlohnland Keine Einigung.</p>

Politischen Leistungen für mehr Vielfalt und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft wie KULAP, Ökolandbau, Eiweißinitiative	IN: Zu wenig effektiv, Luzerne als Eiweiß nützt Bienen nichts, wenn sie vor der Blüte gemäht wird. Kein Ergebnis.
Notwendigkeit, vor Ort zu gemeinsamen Lösungen zu kommen	IN: Es kann nicht Aufgabe der Imker vor Ort sein Verbandspolitik lokal durchzusetzen. Gewisses Ergebnis durch die Anregung Runde Tische einzuführen.
Regional übergreifende Konzepte zur Vernetzung von naturnahen Lebensräumen und Blühflächen	IN: wird von uns voll unterstützt. Wer führt das durch?

Aufgestellt Imkernetzwerk Bayern am 13.10.2016

Annette Seehaus Arnold  
Martin Stockmeier  
Matthias Rühl

Der Text darf nur in seiner Gesamtheit weitergegeben werden, da er nur im Zusammenhang verständlich ist.